

CSI appelliert an Bundespräsident Berset

16. February 2023



Das Erdbeben in Syrien machte Zehntausende Menschen obdachlos

Quelle: zVg

Christian Solidarity International (CSI) fordert die Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und die Schweiz auf, die Wirtschaftssanktionen gegen Syrien rasch aufzuheben. Auch Bundespräsident Alain Berset bekam einen Brief.

Nach den Erdbeben in der Türkei und Syrien mit Zehntausenden von Toten, Hunderttausenden Verletzten und Millionen von Menschen, die obdachlos wurden, wendet sich die Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI) an die Regierungen der USA, Grossbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und der Schweiz mit der Aufforderung, die Wirtschaftssanktionen gegen Syrien aufzuheben. Der Appell von CSI erfolgt eine Woche nach den verheerenden Erdbeben in der Südosttürkei und in Nordsyrien.

Brief an Bundespräsident Alain Berset

In einem Brief an Bundespräsident Alain Berset verweist der internationale Präsident von CSI, John Eibner, auf die Erhebungen des Welternährungsprogramms (WFP). Gemäss des WFP hat sich die Zahl jener Syrer, die von Ernährungsunsicherheit betroffen sind, innerhalb von nur zwei Jahren fast verdoppelt. 85 Prozent der syrischen Haushalte sind nicht mehr in der Lage, ihre Grundbedürfnisse zu decken.

Es mangelt in Syrien an fast allem

Das Erdbeben vom 6. Februar 2023 brachte den durch die Sanktionen verursachten eklatanten Mangel an Gütern ans Licht. «In nur wenigen Stunden starben Tausende von Menschen und Zehntausende wurden in Städten obdachlos, in denen es kein funktionierendes Gesundheitssystem und kaum Strom und Treibstoff für Bagger, Bergungsgeräte und Krankenwagen gibt. Wir werden nie erfahren, wie viele Menschen unter den Trümmern sterben mussten, nur weil die Geräte für die Bergung gefehlt haben», schreibt John Eibner an Alain Berset. Eines sei sicher: «Die humanitäre Krise in Syrien war noch nie grösser als heute. Die humanitäre Hilfe noch nie dringlicher!»

Die Schweiz soll Genfer Konventionen folgen

John Eibner befürchtet, dass die von den USA angekündigten Ausnahmeregelungen angesichts der umfassenden Verbote von Treibstoff, Finanztransaktionen und Wiederaufbau kaum Wirkung zeigen werden. Deshalb fordert CSI den Bundesrat auf, den Wirtschaftskrieg gegen Syrien nicht weiter zu unterstützen, sondern den vom Erdbeben schwer getroffenen Menschen in Syrien direkte Not- und Wiederaufbauhilfe zukommen zu lassen. Zudem stünde es der Schweiz gut an, auf das Ende der einseitigen Syrien-Sanktionen hinzuwirken, so wie es sich für einen neutralen Staat gehöre, der sich nach den Genfer Konventionen richte.

Zum Thema:

[Hoffnung teilen: Junge Christen treffen sich in Syrien](#)

[Trotz des Kriegs: In Syrien entstehen neue Haus- und Bibelgruppen](#)

[Erdbeben in der Türkei / Syrien: «Etliche sind immer noch unter Trümmern eingeschlossen»](#)

Autor: Rolf Hoeneisen

Quelle: Christian Solidarity International (CSI)

Tags